

Hofberichterstattung für den Bundeskanzler

Nach dem türkisen „Putsch“ im ORF-Stiftungsrat droht jetzt nach dem Rot/Grün-Funk eine türkise Hofberichterstattung. „Nach dem Coup am Königberg ist auch an der Spitze des Salzburger Landesstudios ein türkiser Günstling der Favorit“, kritisiert FPÖ-Landeschefin Marlene Svazek.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Kommt jetzt Hausarrest für alle Ungeimpften?

ÖVP- und SPÖ-Politiker wollen jetzt alle Österreicher zur Impfung zwingen

S. 2/3



Die leeren Versprechungen des Karl Nehammer

Den „harten Asylkurs“ der ÖVP gibt es nur auf dem Papier – S. 4/5

PARLAMENT

Jetzt wird's brutal

In der Parlamentswoche Anfang September sollten die Berichte zum „Ibiza“-U-Ausschuss diskutiert werden. Der FPÖ-Klubdirektor befürchtet aber wegen der aktuellen Corona-Diskussion einen weiteren Anschlag auf die Grund- und Freiheitsrechte.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Am Islam gescheitert

Wenige Tage nach dem Ende des militärischen Abenteuers in Afghanistan folgte der Zerfall des Demokratisierungs-Experiments. Wie schon in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ erweist sich die islamische Welt immun gegen das westliche Gesellschaftsmodell.

S. 8/9

WIEN

Ablenkung

Mit seinem demokratiepolitisch völlig irrsinnigen Vorschlag wollte der SPÖ-Gesundheitsstadtrat vom eigenen Versagen, der Nichtvorbereitung der Spitäler auf den Herbst, ablenken, kritisierte FPÖ-Landeschef Dominik Nepp das „rote Wien“.

S. 11

MEDIEN

Medienkontrolle

Wer sich durch Inseratenmillionen und Corona-Sonderförderungen nicht auf Linie bringen lässt, den will die „türkise Familie“ mit Klagen mundtot machen. Das bekam das Onlinemedium „zackzack.at“ zu spüren, vom Kurzfreund Rene Benko.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die heimischen Medienschaffenden inklusive der türkis-grünen Chorgemeinschaft am Künigberg verzweifeln schier an der Entwicklung in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban.

Kein Tag vergeht, an dem sie nicht ihre Ängste über die Grund- und Freiheitsrechte, insbesondere die der Frauen in Afghanistan, zum Ausdruck bringen.

Corona und Scharia

Schon fordern manche, Frauen und Kinder nach Österreich zu bringen. Wer einen Blick auf die Passagiere der bereits gestarteten Evakuierungsflüge wirft, wird aber hauptsächlich wieder nur junge Männer entdecken.

Keine Sorge bereitet den Medienschaffenden hingegen die Talibanisierung der heimischen Politik. Da wird die Unterwerfung unter die Impf-Scharia ausgeweitet, Rechtsstaat sowie Grund- und Freiheitsrechte als Teufelszeug verworfen.

Rote und schwarze Coronaten rufen nach einer Stigmatisierung der „Ungläubigen“, die sich dem segensreichen Angebot der Pharmagötter und ihrer Propheten in der Regierung verweigern.

Wer schon zwei „Pieks“ ergattert hat, dem wird schon ein dritter Schuss zur „Vollimmunisierung“ gegen kritisches Denken angeboten. Und es wird bereits Stoff für den vierten „Pieks“ zur endgültigen Unterwerfung gehortet.

Als „Corona-Obermullah“ hat sich der Ärztekammerchef den Coronaten angedient. So verkündete er, dass sich Impfgläubige nicht mehr gegenseitig anstecken können. Dass das in Israel oder Großbritannien gerade massenhaft widerlegt wird, sind nur „Fake News“ der Ungläubigen, die man dafür wegsperren sollte.

Wird die Demokratie in Quarantäne?

FPÖ-Chef Herbert Kickl weist Pläne zum Ausschluss Ungeimpfter aus dem

Ins Wirtshaus, ins Theater oder zum Fußballmatch nur mit Impfpass? Mit derart totalitären Methoden wollen Politiker aus ÖVP und SPÖ die Österreicher zur Impfung treiben, obwohl diese weder vor einer Infektion schützt, noch die Verbreitung der Viren verhindert. Für die FPÖ wird damit die Demokratie unter Quarantäne gestellt.

In der Diskussion um den Impfpass und die „3G-Regeln“ hat die FPÖ gewarnt, dass am Ende wohl nur „1G“ übrig bleiben werde, das für Geimpfte. Nachdem die sowieso nie dagewesene Impf-Euphorie – im Jänner wollten sich nur 45 Prozent impfen lassen – trotz aller möglichen und unmöglichen Anreize jetzt gänzlich zu erlahmen droht, können sich bereits manche Politiker für totalitäre Methoden erwärmen.

Und das zur Freude der Medien. In der „ZIB1“ am vergangenen Montag rührten die Moderatoren die Werbetrommel für diese Vorschläge, mit denen die Demokratie in Quarantäne geschickt werden soll: „Es mehren sich die Stimmen, die nach Verschärfungen für Ungeimpfte rufen – oder nach Vorteilen für Geimpfte.“

Hausarrest für Ungeimpfte?

Dem Vorschlag des Wiener SPÖ-Gesundheitsstadtrats Peter Hacker, Ungeimpfte de facto vom gesellschaftlichen Leben aus- und zuhause einzusperren, fand beim „autoritären Klub“ der ÖVP-Landeshauptleute aus der Steiermark, Tirol und Niederösterreich Gehör.

Und zur Bestätigung wurde auch noch Ärztekammer-Chef Thomas Szekeres vor die Kamera gedrängt,

um eine medizinisch völlig jenseitige Bestätigung abzuliefern: „Wenn Geimpfte aufeinandertreffen, ist die Gefahr einer Ansteckung minimal.“

„Das Versprechen der Impf-Fanatiker, dass man mit der Impfung sich und andere schützt, hat sich schon längst als Märchen entpuppt“, wies FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl diese Vorschläge brüsk zurück: „Die US-Seuchenbehörde CDC hat geimpfte Personen mit ungeimpften gleichstellt, weil auch Geimpfte das Virus genauso aufnehmen, vermehren und weiterverbreiten können.“

Impfschutz ist zu schwach

Wer noch einen Funken Verstand habe, müsste nach den aktuellen Zahlen in Israel, Großbritannien und Island, wo Geimpfte immer öfter an Covid erkrankten und hospitalisiert werden müssten, den jetzt vorgestellten direkten Impfwang zurückweisen, erklärte der FPÖ-Klubobmann: „Das wird von der Regierung aber völlig außer Acht gelassen. Kurz und Co. stellen die Schecks lieber an internationale Pharma-Großkonzerne aus!“

Dem Drang von ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann, über Schikanen möglichst viele Kinder vor dem Schulstart zur Impfung zu



„Es ist gekommen, wie wir befürchtet Schutzimpfung nicht hält, was Kurz &

treiben, hielt der freiheitliche Bildungssprecher Hermann Brückl die jüngste aus einer Reihe von Studien entgegen. Diese belegen alle, dass bei Kindern das Infektionsrisiko geringer sei als bei Erwachsenen, sie zum allergrößten Teil asymptomatische oder milde Krankheitsverläufe hätten, sie weniger infektiös seien und eine sehr wirksame und anhaltende Immunabwehr entwickeln würden.

„Die Studie der Universitätskliniken in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm zeigt auf, dass die kindliche Immunabwehr die von



SPITZE FEDER Und dann Hausarrest für Nichtgeimpfte?

IMPRESSUM

Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

antäne geschickt?

gesellschaftlichen Leben aufs Schärfste zurück



haben: Von den 3G bleibt nur noch 1G über, die Geimpften, obwohl die Co versprochen haben“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

Erwachsenen sogar übertrifft. Der Impfdruck, der auf Kinder und deren Eltern ausgeübt wird, ist also gesundheitspolitisch nicht zu rechtfertigen, generell nicht und in der Schule schon gar nicht“, betonte Brückl.

FPÖ fordert Strategiewechsel

Ziel einer Impfung seien eigentlich drei Dinge, erinnerte FPÖ-Klubobmann Kickl: „Schutz vor Ansteckung und Erkrankung des Geimpften, Schutz vor Übertragung auf andere und Sicherheit vor negativen Wirkungen. Die gegenwärtigen

Impfstoffe erfüllen diese Kriterien nicht. Selbst nach dem dritten ‚Pieks‘ haben sich Geimpfte in Israel bereits infiziert.“

ÖVP und Grüne würden mit der Impfung ein falsches Spiel treiben, kritisierte der FPÖ-Chef. Sie gaulen den Geimpften eine falsche Sicherheit vor und wollen Ungeimpften das Leben schwer machen: „Statt die Österreicher zur Impfung zu zwingen, sollte die Koalition, wenn es wirklich um die Gesundheit der Österreicher geht, einen Strategiewechsel vornehmen – in Richtung der Schweden.“

KURZ UND BÜNDIG



Einwanderer-Paradies

5,5 Millionen Euro mehr Budget – und dennoch nicht telefonisch erreichbar. Das sei die Situation bei der Wiener Einwanderungsbehörde MA 35, kritisierte der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss (Bild). „Die Behörde versinkt geradezu in einer Flut von Aufenthaltsbewilligungsanträgen, die auf eine falsche Anreizpolitik im Sinne der Masseneinwanderung zurückzuführen ist. SPÖ und Neos tragen dafür die volle Verantwortung“, nannte Krauss auch gleich die Schuldigen zu dieser Behördenmisere.

Zuviele Schwachstellen

„Der Entwurf der Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes ist so jedenfalls noch nicht beschlussfähig“, kritisierte FPÖ-Bautensprecher Philipp Schrangl (Bild) den Ministerialentwurf. Im Bereich der Mindestrücklage hätte er sich eine Lösung gewünscht, die sich nach Möglichkeit am Erhaltungssystem der Wohnungsgemeinnützigkeit orientieren sollte. „Das würde den Verwaltungsaufwand minimieren und allen Beteiligten entgegenkommen“, forderte der FPÖ-Bautensprecher Nachbesserungen am Entwurf ein.



Auf Merksels Spuren?

„Es ist unsere Aufgabe, als Österreich und als Europäische Union, jene zu unterstützen, die jetzt bedroht sind, und ihnen gegebenenfalls Schutz zu gewähren...“ – Diese Mitteilung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Bild) auf dem Kurznachrichtendienst „Twitter“ erregte den Unmut von FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl: „Anscheinend wandelt Bundespräsident Van der Bellen irrwitziger Weise auf den Spuren von Angela Merksel ‚Wir schaffen das‘-Aussage. Mit einer derartigen Aussage lobt er Österreich – und so nebenbei die gesamte EU – für Afghanistan als Asyl-Destination Nummer 1 aus!“



SPRUCH DER WOCHE



„Es kann ja dann nicht die Ursache sein, von der Impfung abzuraten, damit es nicht zu Hänseleien kommt. Wenn es dazu kommt, ist es zu akzeptieren.“

Heinz Faßmann
4. August 2021

Der Bildungsminister will mit Mobbing an den Schulen die impfunwilligen Schüler (und deren Eltern) zum „Pieks“ treiben.



BILD DER WOCHE In Wahlkampfzeiten, wie derzeit in Oberösterreich, erwacht der Vandalismus-Trieb linker „Polit-Aktivisten“.

Die Realität straft die Ankündigungen von Kurz, Nehammer und Co. immer Lügen

Der freiheitliche Sicherheitsprecher Hannes Amesbauer zeigt sich im NFZ-Interview verwundert über die Ankündigung von ÖVP-Innenminister Nehammer zum Thema Abschiebungen: „Das einzige, dem die ÖVP treu geblieben ist, ist das Wiederholen von leeren Phrasen zu einer ‚harten Asylpolitik‘. Und die sind bisher alle geplatzt wie Seifenblasen.“

Herr Abgeordneter, das Problem mit afghanischen Flüchtlingen dürfte sich mit der Machtübernahme der Taliban noch einmal erhöhen. Welche Vorschläge hat die FPÖ gegen die drohende Flüchtlingswelle aus dem Land?

Amesbauer: Was unser Land jetzt als erstes braucht, sind ein Asylstopp in Österreich und ein echter Grenzschutz an der EU-Außengrenze. Und falls dieser nicht möglich ist, einen Schutz unserer Grenzen. Und damit meinen wir einen echten Grenzschutz, und nicht diese Operettenproduktion, die Karl Nehammer in Kooperation

mit Verteidigungsministerin Klauudia Tanner vor ein paar Wochen vorgestellt hat. Denn unsere Soldaten und Polizisten fungieren derzeit als nichts anderes als ein staatliches Begrüßungskomitee, das illegalen Einwanderern lediglich alle Türen für deren Eintritt in den Sozialstaat öffnen darf. Die medial verbreitete ‚konsequente Asyl-Linie‘ der ÖVP ist reine Rosstäuscherei. Die Realität straft die Ankündigungen von Kurz, Nehammer und Co. immer wieder Lügen. Das haben wir bei dem zu Beginn der Corona-Krise 2020 verkündeten „De-facto-Asylstopp“ und zuletzt bei Nehammers „Festhalten“ an den Abschiebungen nach Afghanistan gesehen. Weder den Asylstopp noch die Abschiebungen hat es so gegeben, wie Nehammer angekündigt hat.

Die ÖVP will mit Außenminister Alexander Schallenberg und Innen-

minister Nehammer eine Afghanistan-Konferenz abhalten, um die Problematik mit den Nachbarländern Österreichs und denen Afghanistans zu erläutern. Was halten Sie davon?

Amesbauer: Wenn ich richtig mitgezählt habe, sind rund ein Dutzend „Konferenzen“ zu Afghanistan angekündigt worden, beginnend von der UNO bis zuletzt von unserer türkisen „Balkanroute-Schließgesellschaft“. Würde man das Thema ernst meinen, müsste

„Nehammer kritisiert das EU-Asylrecht und rührt gleichzeitig keinen Finger, um im Sinne unserer Bevölkerung auf Konfrontation mit Brüssel zu gehen.“

man zuallererst mit den neuen Herrschern in Kabul verhandeln, die der Auslöser des erwarteten Flüchtlingsstroms sind. Diese haben schon bei ihrer ersten Machtübernahme nicht Wort gehalten, weshalb sollten sie es diesmal tun? Damit sind sie auf einer Linie mit Innenminister Nehammer. Der hat auch das mit Serbien ausgehandelte Rückführungsabkommen für illegale Einwanderer nicht umgesetzt. Und seine Westbalkan-Konferenz endete

mit der Entsendung von einem guten Dutzend Grenzschildern samt Gerät, die wir jetzt dringend an unseren Grenzen brauchen würden.

Was fordern die Freiheitlichen, um eine Wie-

derholung der Geschehnisse von 2015/16 zu verhindern?

Amesbauer: Nehammer kritisiert das EU-Asylrecht – und rührt gleichzeitig keinen Finger, um im Sinne unserer Bevölkerung mit diesem Asyl-Regime, das dem Missbrauch ja Tür und Tor öffnet, in Konfrontation zu gehen. Es gab keinen Widerspruch von ihm zu den jüngsten Forderungen von EU-Innenkommissarin Ylva Johansson nach einem EU-einheitlichen Asylwesensamt Asylwerber-Umverteilung.

Die EU hat eingestanden, dass 2020 europaweit lediglich 18 Prozent der

Drittstaatsangehörigen, die zur Ausreise aufgefordert worden sind, die EU auch tatsächlich verlassen haben. Will die ÖVP mit dieser Asylpolitik unser Asylproblem „lösen“? Nehammer redet jetzt auch schon wieder vom „Schutz möglichst nahe am Herkunftsland“, wohlweisend, dass Pakistan und der Iran ihre Grenzen bereits dichtgemacht haben. Nehammer hat, wie schon gesagt, das noch unter Herbert Kickl als Innenminister ausverhandelte Arbeitsübereinkommen mit Serbien schubladisiert. Allein mit dessen Umsetzung könnten nämlich Fremde, bei denen eine rechtskräftige Rückkehrentscheidung vorliegt, in einem Abschiebezentrum in Serbien untergebracht werden, wenn die Abschiebung in den Herkunftsstaat nicht möglich ist und ein ausreichender Bezug des Fremden zur Republik Serbien besteht. Und ich erinnere noch einmal daran, dass er den freiheitlichen Vorstoß für eine sogenannte innerkontinentale Fluchtalternative mitsamt der ÖVP abgelehnt hat, genauso wie den freiheitlichen Zehn-Punkte-Plan zur Abwehr von Gewalttaten durch Asylanten. Das einzige, dem die ÖVP treu geblieben ist, ist das Wiederholen von leeren Phrasen zu einer „harten Asylpolitik“. Und die sind bisher alle geplatzt wie Seifenblasen.



Foto: NFZ



Die Zahl der Aufgriffe an der ungaris

Koalition

Allen Ankündigungen und

Verzweifelt bemüht sich die ÖVP, den „harten Kurs“ der Koalition in der Asylpolitik fortzusetzen. Nur hat es diesen seit dem Ausscheiden der FPÖ aus der Regierung nicht mehr gegeben. Die Zahl der Abschiebungen sank von 6.677 im Jahr 2019 auf 4.247 im Vorjahr und 2.079 heuer. Und was die nach Afghanistan betrifft, haben sich die Grünen de facto bereits durchgesetzt.

ÖVP-Innenminister Karl Nehammer müht sich redlich ab, sein Image als Ankündigungsweltmeister und Umsetzungszwerg in der türkis-grünen Koalition zu wahren. Selbst nach der Machtübernahme der Taliban kündigte er allen Ernstes an, dass es zu keinem Abschiebestopp nach Afghanistan kommen dürfe: „Wir müssen so lange abschieben, wie es geht.“

Konferieren, statt Handeln?

Mit ernster Miene verstieg er sich sogar in die Ankündigung einer internationaler Konferenz, zu der er mit seinem Parteikollegen und Außenminister Alexander Schallenberg die Nachbarländer Afghanistans und Österreichs einladen werde.



ch-serbischen Grenze ist in den letzten Monaten bedrohlich angestiegen, was sich auch im Burgenland bemerkbar gemacht hat.

unternimmt in der Asylpolitik nichts!

Versprechungen der ÖVP zum Trotz gibt es mehr Asylanträge, dafür wird weniger abgeschoben

„Die Wortspenden von Innen- bis Außenministerium haben in den vergangenen 72 Stunden nicht nur ein Weltbild, sondern vor allem auch ein Selbstbild offenbart, das für Beobachter irgendwo zwischen belustigend und beschämend rangieren muss“, bemerkte dazu Oberösterreichs Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner.

Denn vom grünen Koalitionspartner hatte Nehammer für sein Anliegen bereits eine Absage erhalten. Vizekanzler Werner Kogler bekräftigte das im ORF-„Sommergespräch“: „Es ist nicht nur faktisch unmöglich, sondern auch rechtlich, dass es Abschiebungen nach Afghanistan geben wird.“

Seit Juni Abschiebestopp

Verwunderlich macht Nehammers Prahlerei auch angesichts der tatsächlichen Zahlen: Heuer sind im ersten Halbjahr ganze 166 Afghanen aus Österreich ausgereist. Davon erfolgte bei 45 Personen die Ausreise freiwillig, 121 wurden zwangsweise außer Landes gebracht. Die letzte Abschiebung erfolgte am 15. Juni.

„ÖVP-Innenminister Nehammer wirft ja nur eine Blendgranate nach der anderen. Seine Asylpolitik be-

schränkt sich auf markige Sprüche und ganz viel Show“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl. Um einen Asylstopp in Österreich und einen echten Grenzschutz zu erreichen, brauche es keine internationale Konferenz, sondern nur einen Innenminister, für den die Österreicher an erster Stelle stehen und der sich auch gegenüber der EU etwas traue.

Denn Gefahr für das heimische Asylwesen drohe nicht erst aus Kabul. Die liege viel näher, nämlich am Balkan, erläuterte Kickl unter Verweis auf die extrem gestiegenen Aufgriffszahlen an illegalen

Einwanderern. Die Folge: Bis Ende Juni wurden bereits 10.518 Asylanträge in Österreich gestellt, doppelt so viele wie im Vorjahr.

Gedränge auf der Balkanroute

Gábor Sztankovics, stellvertretender Leiter des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung des Menschenhandels, warnte letzte Woche gegenüber dem Internetportal „Magyar Nemzet Online“: „Viele Migranten sitzen auf dem Balkan fest und warten darauf, weitergeschleust zu werden.“

Ihre Schlepper könnten die Stimmung in Europa nach dem Macht-

wechsel in Kabul nutzen und ihre „Schützlinge“ verstärkt in Richtung Österreich und Deutschland bringen. Den Trend bestätigten, so Sztankovics, die zunehmenden Aktivitäten am türkisch-griechischen Grenzfluß Evros. Auch wohl deswegen, weil Griechenland plane, die Grenzbefestigungen zu verstärken.

In der Folge seien deshalb in Kroatien, in Slowenien und in Ungarn die Zahlen der aufgegriffenen Menschenkugler und illegalen Einwanderer in die Höhe geschwenkt.

Aber auch schon in Österreich. FPÖ-Chef Kickl verwies darauf, dass bis Juli 2021 bereits 2.514 Asylanträge allein von afghanischen Staatsbürgern gestellt worden seien: „Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Innenminister tun einmal mehr so, als würde die Bundesregierung die harte Linie der ÖVP bei Abschiebungen vertreten. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall, nämlich eine steigende Asylantrags-Flut und ein seit Monaten bestehender Stopp bei den Abschiebungen. In Wahrheit sind die Türken damit bereits voll auf der Linie des grünen Koalitionspartners.“



Österreich bleibt das Hauptziel der Schlepper auf der Balkanroute



HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Nachdem nun alle Klubs ihre Fraktionsberichte zum „Ibiza“-Untersuchungsausschuss abgegeben haben, werden diese in der ersten Plenarwoche im September samt dem Bericht des Verfahrensrichters öffentlich debattiert. Dass dabei Wunden, die begonnen haben, zu heilen, wieder aufgerissen werden, ist zu erwarten. Zu tief sitzt der Diszens zwischen den Klubs.

Jetzt wird's brutal

Möglicherweise wird aber ein anderes Thema den Tagungsbeginn dominieren, nämlich die von Regierungsleuten immer lauter geforderte Impfpflicht. Das ist keine formale, sondern eine materielle: Niemand muss sich impfen lassen, das allerdings um den Preis, aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu werden. Lokalbesuch? Konzertbesuch? Fußballmatch? Draußenbleiben!

Dieser Fanatismus wird auch auf Bildungsstätten und die Arbeitswelt übergreifen. Werden wir jeden zweiten Tag einen Betrag in der Höhe der Rezeptgebühr abliefern müssen, damit unsere Kinder in die Schulen dürfen? Der Fanatismus und die Planmäßigkeit, mit der die Schikanen propagiert werden, lassen das Schlimmste befürchten, wie zuletzt die Drohung eines Wiener SPÖ-Politikers.

Für solch eine Apartheid braucht es legislative Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte. Ob die SPÖ dabei wieder den Steigbügelhalter spielen wird, bleibt abzuwarten. Denn die Impfkation hat sich als Flop erwiesen. Geimpfte können erkranken und das Virus unbemerkt weitertragen, was bei Getesteten weniger wahrscheinlich ist. Eine unangenehme Wahrheit, auf die mit zunehmender politischer Brutalität reagiert wird.

KONSUMENTENSCHUTZ

FPÖ setzt Reparaturbonus durch

Der FPÖ-Abgeordnete Peter Wurm (Bild) beantragte einen Reparaturbonus im Konsumentenschutzsausschuss. Dieser solle bis Jahresende realisiert und die Reparaturen von Elektrogeräten fördern. Im Zuge der Debatte brachten ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos eine Entschließung ein, mit der Ministerin Gewessler ersucht wird, die Förderung „von Reparaturdienstleistungen von Elektronikgeräten in ganz Österreich“ zu ermöglichen.



SOZIALPOLITIK

Pflegegeld-Erhöhung

Der freiheitliche Abgeordnete Christian Ragger brachte eine Initiative der FPÖ im Bereich der häuslichen Pflege ein. Darin wird eine Erhöhung des Pflegegelds um 50 Prozent ab der Pflegestufe 3 sowie eine Ausdehnung des Pflegegeldzuschlags für Demenzkranke von 25 auf 30 Stunden gefordert.

CO2-Steuer ist schwarz-grünes Raubrittertum!

Grüne Belastungswelle rollt auf Pendler und Landbevölkerung zu

Nach der NoVA-Erhöhung startet Schwarz-Grün mit der CO2-Steuer den nächsten Abzock-Angriff auf die Mobilität der Bürger, warnt FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker.

Hafenecker übte scharfe Kritik an der von Grünen-Vizekanzler Werner Kogler angekündigten Einführung einer CO2-Steuer mit 1. Jänner 2022.

Was ist mit ländlichem Raum?

„Wieder einmal sind es die Autofahrer, auf die es diese Bundesregierung in ihrem grün-ideologischen Belastungswahn abgesehen hat. Mit einer CO2-Besteuerung und steigenden Spritpreisen wird die gerade am Land oft alternative Fahrt mit dem Pkw zum Ar-



Hafenecker: Bei CO2-Steuer auf den ländlichen Raum vergessen?

beitsplatz für unzählige Pendler unleistbar“, erklärte der FPÖ-Verkehrssprecher. Aber dass vor allem die Bürger im ländlichen Raum aufgrund mangelnder öffentlicher Ver-

kehrsmittel auf ihr Auto angewiesen seien, werde von ÖVP und Grünen „nicht einmal ignoriert“. „Die CO2-Steuer-Pläne sind schwarz-grünes Raubrittertum pur!“

Diplomatischer Affront der ÖVP

Bei der ÖVP scheint sich derzeit alles nur darum zu drehen, wie man die Österreicher vor die Impfnadel treiben kann.

So glänzte bei der Unterzeichnungszereemonie der Kooperationsvereinbarung (Memorandum of Understanding) zwischen dem Naturhistorischen Museum (NHM), in dessen Beständen sich eine große Anzahl von bedeutenden naturwissenschaftlichen Objekten und Zeichnungen aus Brasilien befinden,

und dem brasilianischen Wissenschaftsministerium das heimische Wissenschaftsministerium mit völliger Abwesenheit.

So oblag es dem Obmann des parlamentarischen Wissenschaftsausschusses, dem FPÖ-Abgeordneten Martin Graf, die Republik Österreich hier zu vertreten und die brasilianische Delegation, angeführt von José Antonio Marcondes de Cavalho, zu begrüßen. Der Vertrag wurde von Direktorin Katrin Vohland und dem brasilianischen Wissenschaftsminister Marcos Pontes (im Bild rechts mit Ausschussobmann Graf) unterzeichnet.



Ärzttekammer schürt Exklusion Nichtgeimpfter

FPÖ-Kaniak: Kammervertreter argumentieren bar jeglicher wissenschaftlicher Erkenntnisse

Derzeit übertreffen sich Politiker und Interessensvertretungen mit Ideen zur Zwangsimpfung. Aktuell macht die Forderung, alle Nichtgeimpften aus dem öffentlichen Leben auszuschließen, die Runde. FPÖ-Gesundheitssprecher Kaniak weist diese Forderung als „bar jeder wissenschaftlicher Erkenntnis“ aufs Schärfste zurück.

„Mit der derzeitigen Kampagne von Kurz, Mückstein und Co., Nichtgeimpfte zur Corona-Impfung zu drängen, wird die persönliche Freiheit in unserer Republik zu Grabe getragen“, reagierte der freiheitliche Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak auf die derzeitigen Drohgebärden aus allen nur möglichen Richtungen.

Ärzttekammer ignoriert Fakten

Und zum Thema Zwangsimpfung marschiere die Ärztekammer an vorderster Front der Grundrechts-Bestatter mit. Auch wenn es jetzt darum gehe, impfkritische Bürger in das gesellschaftliche Aus zu stellen. „Die Granden der österreichischen Ärztervertretung

dürften es bis heute nicht verstanden haben, dass auch Geimpfte das Corona-Virus mit Leichtigkeit vermehren und übertragen können. Das bestätigte die US-Seuchenbehörde CDC und die Erfahrungen vieler Länder, allen voran Israel, Island und Großbritannien. Selbst Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein führte das im Ö1 Morgenjournal vor wenigen Tagen an“, wunderte sich Kaniak über diese „Forderung ohne jede Vernunft“.

In Kaniaks Augen sei jetzt der Gesundheitsminister gefragt, die Rechte der Staatsbürger zu schützen. Auch ein mahnendes Wort des Bundespräsidenten Van der Bellen wäre jetzt sicherlich nicht fehl am Platze, betonte der FPÖ-Gesund-



Kaniak: Politisierende Ärztekammer gegen Wissenschaftserkenntnisse.

heitssprecher: „„Wenn sich 40 Prozent der Österreicher nicht impfen lassen wollen, ist das auch so zu akzeptieren.“

Das alles passiere wohl nur deshalb, weil es der türkis-grünen Regierung und ihren „Trittbrett-

fahrer-Experten“ nach wie vor an Konzepten zur Bekämpfung der Pandemie fehle, erklärte Kaniak: „Was wir brauchen, ist eine sofortige Rückkehr zu einer faktenbasierten Analyse im internationalen Kontext.“

Freiheitliche trauern um Lutz Weinzinger

Tief betroffen zeigten sich die FPÖ-Spitzen aus Oberösterreich und auf Bundesebene über das Ableben von Lutz Weinzinger, der am vergangenen Montag im 79. Lebensjahr verstorben ist.

Weinzinger war von 1976 bis zum Jahr 2002 Bezirksparteiobmann der FPÖ Schärding sowie langjähriger Landtags- und Nationalratsabgeordneter der Freiheitlichen. Als Landesparteiobmann und Bundesparteiobmann-Stellvertreter war er eine der Stützen der Partei nach der Abspaltung des BZÖ im Jahr 2005.

„Lutz Weinzinger hat freiheitliche Werte vorgelebt. Unter seiner Führung wurde nach den schwierigen Zeiten der frühen 2000er Jahre der Grundstein für ein Wiedererstarken der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft gelegt. Ihm habe ich es zu verdanken, dass ich eine erfolgreiche, starke und hoch motivierte Landesgruppe übernehmen durfte, und ich habe im politischen Handwerk viel von ihm lernen dürfen“, betonte Oberöster-



Lutz Weinzinger, 1943 - 2021.

reichs FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.

„Mit Lutz Weinzinger verlieren wir einen hochverdienten Weggefährten, einen großartigen Freund und standhaften Kameraden. Er hat die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft über Jahrzehnte hinweg in etlichen verantwortungsvollen Funktionen maßgeblich mitgestaltet und geprägt“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl.

Wir Freiheitliche haben die schmerzliche Pflicht, Sie vom Ableben unseres Alt-Landesparteiobmannes NAbg. a. D., LABg. a. D.

Lutz Weinzinger

20. 1. 1943 - 17. 8. 2021

Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Landes Oberösterreich, in Kenntnis zu setzen.

Das Gedenken an den Verstorbenen ist verbunden mit dem ihm gebührenden Dank für seine großen Leistungen für die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft und damit für das Land Oberösterreich und die Republik Österreich:

Nationalratsabgeordneter von 2006 - 2010
 Klubobmann-Stv. im Nationalrat von 2008 - 2010
 Klubobmann im Oö. Landtag 2003
 Landtagsabgeordneter von 1991 - 2003
 Bundesparteiobmann-Stv. von 2007 - 2009
 Landesparteiobmann von 2006 - 2010
 Bezirksparteiobmann Schärding von 1976 - 2002

Die FPÖ OÖ verliert einen treuen Mitstreiter, der die freiheitlichen Werte vorgelebt hat. Sachkompetenz, Handschlagqualität, Ehrlichkeit und viel Verständnis für die Sorgen der Menschen machten ihn aus. Lutz Weinzinger legte nach turbulenten Zeiten den Grundstein für ein Wiedererstarken der FPÖ. Tradition und Brauchtum als Teil unserer Heimatkultur waren ihm wichtig und sein umfangreiches Wissen gab er an folgende Generationen weiter.

Lutz Weinzinger war bis zuletzt Teil der freiheitlichen Gemeinschaft. Sein Ableben hinterlässt eine große Lücke. Die FPÖ spricht insbesondere der Familie tiefempfundene Anteilnahme aus und wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir verabschieden uns am Montag, den 23. August um 14 Uhr auf dem Stadtfriedhof in Schärding. Korporierte in Farben.

Für die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft:

Dr. Manfred Haimbuchner
 Landeshauptmann-Stv.
 Landesparteiobmann



Herbert Kickl
 NR-Klubobmann
 Bundesparteiobmann

DI Dr. Adalbert Cramer
 2. Präs. d. Oö. Landtags

Bgm. Ing. Wolfgang Klöinger
 Landesrat

Mag. Günther Steinkellner
 Landesrat

Ing. Herwig Mahr
 LT-Klubobmann

Hubert Schreiner, MA
 Landesgeschäftsführer

Erwin Schreiner, MA
 Landespartei sekretär



Harald Vilimsky

EU-Desaster: Wer kommt, der bleibt

Jeder Migrant, der es an die EU-Außengrenze schafft, wird eingelassen und erhält ein Asylverfahren. Selbst wenn das negativ ausgeht – was heuer bei 70 Prozent der Entscheidungen der Fall war – bleiben die meisten trotzdem. Das zeigen die Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat.

2020 haben knapp 400.000 Personen die Anordnung erhalten, die EU zu verlassen. Tatsächlich gingen nur etwas mehr als 70.000. Was bedeutet, dass mehr als 80 Prozent einfach geblieben sind, obwohl sie kein

Recht dazu haben. Diese Werte waren nie berauschend, aber 2020 war ein absoluter Negativrekord. Mit der Unfähigkeit, Abschiebungen auch durchzusetzen, macht sich der europäische Rechtsstaat lächerlich und erhöht damit nur den Anreiz, dass noch mehr Menschen kommen.

Besonders krass ist die Lage bei den überdurchschnittlich oft kriminell auffälligen Migranten aus Afghanistan. Von ihnen haben 2020 nur rund sechs Prozent all jener die EU verlassen, die dazu aufgefordert wurden. In Österreich waren es nur acht Prozent. Mit immer wieder auch tragischen Folgen, wie wir mit den jüngsten schweren Straftaten wieder gesehen haben. Da war von den Taliban noch keine Rede. Wenn kaum jemand geht, der gehen müsste, ist das Asylsystem gescheitert. Da kann man die Außengrenzen einfach nicht mehr offenlassen und noch mehr Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts in Kauf nehmen.

Brüssel will Finanzen der EU-Bürger ausspionieren

Nachdem Brüssel über den „Wiederaufbaufonds“ selbst Kredite aufnehmen kann, scheinen jetzt die Pläne für deren Rückzahlung, natürlich auf Kosten der europäischen Steuerzahler, immer konkretere Formen anzunehmen.

Die Kommission will nämlich jetzt ein zentrales „Vermögensregister“ für alle Bürger der Union anlegen. Das Vorhaben wird damit begründet, dass damit Geldwäsche und Steuerhinterziehung besser bekämpft werden können.

Dass diese beiden Delikte eigentlich von den nationalen Behörden verhindert bzw. bekämpft werden sollen, scheint die Brüsseler Bürokraten wenig zu stören.

Die Begründung aus Brüssel lässt aber auf etwas völlig anderes als Geldwäsche schließen: „Es soll untersucht werden, wie aus verschiedenen Quellen des Vermögenseigentums (z. B. Landregister, Unternehmensregister, Trust- und Stiftungsregister, zentrale Verwahrstellen von Wertpapieren usw.) ver-

fügbare Informationen gesammelt und miteinander verknüpft werden können ...“

Hier ist nichts anderes geplant als der finanziell gläserne EU-Bürger, dessen Besitz – vom Konto- stand über Bausparvertrag, Rentenvorsorge bis hin zu seinem Grundbesitz – jederzeit von den Eurokraten abgefragt und überprüft werden kann.

Und wozu dient ein derart umfangreiches Register wohl am besten: zur Besteuerung der Bürger?



Brüssel will ans Geld der Bürger.

Afghanen wehren Kolonialisierungs-

Der nächste Versuch, dem Land ein westliches Ge...



Mit Koran und Kalaschnikow zurück an der Macht. Innerhalb weniger Tage dazu ein riesiges Waffenarsenal erbeutet, mit dem sie jetzt Amerika und EU

Der westliche Kampf gegen den „Islamismus“ in Afghanistan ist militärisch gescheitert, der „Demokratie-Kolonialismus“ der westlichen Welt am islamischen Gesellschaftsmodell Afghanistans abgeprallt wie zuvor in den Ländern des „Arabischen Frühlings“. Der Islam ist nicht mit einer Demokratie westlichen Zuschnitts vereinbar.

Kabul ist gefallen. Nicht erst in sechs Monaten, wie US-Präsident Joe Biden und seine europäischen Kollegen als „Worst case“-Szenario noch vor einem Monat angenommen haben, sondern innerhalb einer Woche nach dem Abzug des US-Streitkräfte.

Das „Scheitern“ der USA und deren Verbündeter beklagen jetzt aber vor allem jene politischen Kräfte und Medien, die den militärischen Kampf gegen Al-Kaida und die Taliban am heftigsten kritisiert haben.

Gescheiterte Demokratisierung

Ihr Traum, dass nach dem militärischen Sieg über Al-Kaida und ihre Verbündeten in Afghanistan sich das Land einer Demokratie westlichen Zuschnitts zuwenden werde, hat sich nicht erfüllt. Aber dafür bestand auch keine reelle Chance.

Militärisch hat die Eröffnung einer zweiten Front im Irak durch US-Präsident George Bush die Niederwerfung der Taliban verhindert. Den europäischen Alliierten fehlte neben Material und Truppen auch die Motivation.

Das Ziel eines Wiederaufbaus Afghanistans als liberale Demokratie, war das einzige wirklich politische Ziel, in dem Sinne, dem Land eine westliche, säkuläre Gesellschaftsordnung aufzuzwingen. Daran sind bereits die noch skrupellosesten Kommunisten trotz Unterstützung der Sowjetarmee in den 1980er Jahren gescheitert.



In den Händen der Taliban: Die Aufklärung zu einer Lenkwaffe umgerüstet werden

einen weiteren Versuch ab

Das Gesellschaftsmodell aufzuzwingen, ist gescheitert



Die Taliban in Afghanistan haben die Taliban Afghanistan wieder unter ihre Kontrolle gebracht und Europa drohen können, warnt FPÖ-Außenpolitikssprecher Kassegger.

Das unüberwindbare Problem: die islamische Prägung der Afghanen. Der Koran ist ihnen nicht nur Religion, sondern auch Gesellschafts-Fundament. Darauf bauen die Clan-Strukturen des Landes, die einen Zentralstaat höchstens dulden. Daran sind bereits die ersten europäischen Kolonialherren gescheitert, die Briten, und in der Folge eben der Kommunismus und jetzt die USA samt ihren Alliierten. Sollte es ein Trost sein: An diesen regionalen Clan- und Kriegsherren hat sich auch die erste Taliban-Herrschaft in den 1990er Jahren blutige Köpfe geholt.

Dieses „Islam“-Problem wird in Europa noch immer ausgeblendet beim verzweifelten Versuch der Bewältigung und der „Integration“ der moslemischen Masseneinwanderung seit 2015.

Gefährliches Waffenarsenal

Den Taliban fielen neben einer geschätzten Million Handfeuerwaffen und Milliarden Schuss Munition auch 99 Prozent des Kriegsgeräts der afghanischen Armee in die Hände. Das sind neben mehreren hundert Schützenpanzern, rund 8.500 gepanzerten Militär-Geländewagen auch 68 leichte Kampfhubschrauber, 19 Bodenkampfflugzeuge und bis zu 16 „Blackhawk“-Transporthubschrauber. „Dass man den Islamisten durch den chaotischen Abzug auch noch jede Menge Kriegsmaterial überließ, hat jegliche vorherige Aktivitäten nicht nur entwertet, sondern sogar den gegenteiligen Effekt bewirkt“, bemerkte dazu FPÖ-Außenpolitikssprecher Axel Kassegger.

Die größte Gefahr geht jedoch von der gekaperten Drohnen-Flotte aus, die die USA der afghanischen Armee überlassen haben: Die Aufklärungsdrohnen des Typ „ScanEagle“ des US-Herstellers Boeing können auch als Lenkwaffe eingesetzt werden, mit einer Reichweite von bis zu 1.500 Kilometer.



Die Aufklärungsdrohne „ScanEagle“ kann leicht eingesetzt werden.

KURZ UND BÜNDIG



Weiter Proteste in Frankreich

In Frankreich sind am fünften Samstag in Folge letzte Woche zigtausende Menschen gegen die Verschärfung der Corona-Regeln auf die Straße gegangen. Im ganzen Land gab es 217 Kundgebungen, an denen nach Angaben des Innenministeriums knapp eine Viertelmillion Menschen teilnahmen. Die Demonstranten protestieren gegen die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal sowie die Ausweitung der Nachweispflicht auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Für den Besuch etwa von Cafés, Restaurants, Kinos oder Krankenhäusern sowie die Nutzung von Fernzügen ist nun der Nachweis einer Impfung, Genesung oder eines Negativtests notwendig.

Bald Atommacht Iran?

Der Iran hat einem Bericht der UNO-Atomenergiebehörde (IAEA) zufolge weitere Fortschritte bei der Anreicherung von Uran gemacht. Das Land habe Uran mit einer Anreicherung von bis zu 20 Prozent produziert, teilte die IAEA am Dienstag mit. Damit habe das Mullah-Regime den dritten Schritt seines Vierstufenplans erreicht. Der vierte Schritt umfasse die Herstellung einer Reaktorbrennstoffplatte. Die Technologie und das Wissen um ihre Herstellung können dazu verwendet werden, den Kern einer Atombombe herzustellen. Aber Europa will weiter mit den Mullahs über ein Atomwaffen-Entwicklungsverbot verhandeln.



Waldbrände für den „Klimaschutz“ gelegt?

Die sommerliche „Waldbrandsaison“ in Griechenland ist heuer besonders intensiv ausgefallen. Mitverantwortlich dafür – wie jedes Jahr – sind natürlich auch Brandstifter.

Auf der nach Kreta zweitgrößten griechischen Insel Euböa haben die Bewohner die Regierung in Athen im Verdacht, wenn schon nicht das Feuer gelegt, dann es zumindest für eigene Zwecke haben wüten lassen.

„Es begann alles mit einem kleinen Feuer am Euböischen Golf“, erzählte eine Einwohnerin dem Sender „Alert TV“. Dieses habe sich in Windeseile bis zur Ägäis (auf der anderen Seite der Insel) ausgebreitet, ohne dass irgendjemand einen Löscheversuch unternommen hätte.

Der Ortsvorsteher des Küstendorfs Roviés, Thodoris Keris, bestätigte die Schilderung: „Die Regierung hat Euböa absichtlich brennen lassen. Drei Tage lang kam kein Flugzeug her, nicht einmal eine Drohne, alles, damit sie hier, wie in ganz Griechenland, Wind-

kraftanlagen bauen können.“ Nur befanden sich die Grundstücke im Norden Euböas, auf denen die 65 Windkraftanlagen errichtet werden sollen, in einem unter Naturschutz stehenden Waldgebiet. Deshalb hatte sich der Gemeinderat der Orte Limni, Mantoudi und Agia Anna im Norden der Insel eindeutig gegen die Windkraftpläne der Regierung ausgesprochen.

Wie durch Zufall wurde gerade dieses Naturschutzgebiet vom Feuer völlig zerstört.



„Abholzung“ für Windkraft?

Erinnerung an Österreich

Sehr geehrter Herr Kickl, ich bin zwar kein Österreicher, ich habe aber eine enorme Beziehung zu Ihrem Land. Ich konnte mein Leben um den 20. November 1956 lediglich mit der Flucht aus Ungarn über die Grenze beim Neusiedlersee retten. Die warme, herzhaft Aufnahme spät nachts in einer Schule ist mir unvergesslich. Von dort wurde ich mit vielen anderen Leidensgenossen mit dem Zug nach Linz gebracht, wo ich die ersten ruhigen Nächte verbrachte, ehe ich die Weiterfahrt in die Schweiz antrat. Es ist zwar Geschichte, aber für mich ist die Dankbarkeit bis heute unermesslich geblieben. Zur Lage Österreichs kann ich mich nur mit Wehmut äussern. Ich bewundere die Arbeit der FPÖ, die unter stark erschwerten Bedingungen stattfindet. In früheren Jahren bin ich jährlich mehrmals über Österreich nach Ungarn gefahren. Gott helfe Ihnen, die Gesinnung der heutigen jungen Generationen so zu beeinflussen, dass sie den Spreu vom Weizen klar zu erkennen und zu trennen vermag.

Csaba von Kenessey, Zürich

Deutsches Dilemma

Da kann man einmal das gestörte Verhältnis der Deutschen zu Anstand und Realität sehen. Jetzt, wo es fast zu spät ist, das afghanische Hilfspersonal der Bundeswehr es kaum noch zum Flughafen nach Kabul schafft und mutmaßlich dem Tode geweiht ist, da beginnt Deutschland mit schwerfälliger Bürokratie überhaupt erst einmal über ein Mandat darüber zu diskutieren. 2015 war es der Kanzlerin Angela Merkel egal, eine Million Migranten über Nacht ins Land zu lassen. Jetzt, da tatsächlich eine humanitäre Katastrophe durch Strafmassaker der Taliban droht, da ziert man sich. Dies zeigt schon wieder die Untauglichkeit und Willkür der Regierungsentscheidungen nach dem Zufallsprinzip Merkels. Evakuierung der Helfer; jetzt sofort, oder ist man womöglich schon wieder logistisch überfordert, das durchzuführen?

Armin Schütz, Wien

Afghanische Selbstaufgabe

Die Afghanen wollen offenbar nichts für ihre Freiheit tun. Sie lassen sich lieber helfen, die Arbeit sollen andere machen – oder sie „flüch-

LESER AM WORT



ten“ und reisen in ein EU-Land und lassen sich dort dann aushalten. Viel anders kann man sich das Verhalten dieser Menschen nicht erklären. Sogar der Präsident hat das Land verlassen. Diese Einstellung war in Afghanistan schon immer während der langjährigen Hilfsleistungen des Westens spürbar.

Ernst Pitlik, Wien



Foto: svenebout/nfz

Armes Europa

Die militärisch hochgerüsteten westlichen Streitkräfte der NATO und der USA haben gegen die Taliban in Afghanistan eine schwere Niederlage einstecken müssen. Es ist ja kaum zu fassen, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten sowie einst die Militärgroßmacht Russland nicht in der Lage waren, die politische Lage in Afghanistan zu befrieden, weil man bei militärischen Einsätzen nicht konsequent gegen die verrückten Taliban ins Feld gezogen ist. Das hat schlussendlich zu dieser Niederlage geführt, die eine weitere Flüchtlings-

flut aus Afghanistan nach Europa auslösen wird. Deutschland und Österreich sind voraussichtlich die Hauptleidtragenden, sofern man nicht bereit ist, Europas Außengrenzen mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Wieso werden nicht alle wehrfähigen Afghanen in Europa rekrutiert, um in Afghanistan Frauen und Kinder gegen die mörderischen Taliban zu verteidigen – anstatt sie in Europas Städten flanieren und kriminell werden zu lassen? Dazu bräuchte es ein entschlossenes Vorgehen der EU. Aber dies kann man von den stupiden Ignoranten in Brüssel nicht erwarten. Die nehmen lieber die weitere Islamisierung Europas durch muslimische „Flüchtlinge“ in Kauf. Armes Europa!

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz

Kommt 2015 wieder?

Das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan könnten wir bald bitter zu spüren bekommen. Durch die Machtübernahme der Taliban werden nicht nur Flüchtlinge, sondern auch wieder radikale Islamisten nach Europa strömen. Wenn dies wie 2015 chaotisch, unkoordiniert und unkontrolliert passiert, werden Terror und Gewalt folgen.

Christian Deutinger, Kematen/Krems

Der ORF, ein Trauerspiel

Der ORF hat einen Bildungs-

auftrag, der leider politisch mißbraucht wird. Von Objektivität kann keine Rede sein. Das betrifft nicht nur die Nachrichten und Diskussionen, sondern auch diverse Filme und Krimis. Das Schlimme dabei ist, dass der ORF ständig die Bürger beleidigt, von denen er durch Zwangsgebühren gefüttert wird. Die Menschen, die das Land aufgebaut haben und am Laufen halten, werden diffamiert, ausgegrenzt, es wird gegen sie gehetzt. Ein Verein, der so mit den Zwangs-



Foto: ORF

gebührenzahlern umgeht, gehört grundlegend ausgetauscht. Da genügt es nicht, nur den Generaldirektor abzuwählen und den Verein türkis umzufärben. Leider gibt es zwischen Rot und Türkis kaum noch Unterschiede – beide Parteien sind total EU-hörig und heimatfeindlich. Das Wohl des eigenen Volkes interessiert sie schon lange nicht mehr – nur noch der eigene Vorteil, Macht und Geld. Ein Trauerspiel.

Stephan Pestitschek, Straßhof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Arrogante Ablenkung von der eigenen Inkompetenz

SPÖ hat gesundheitspolitische Hausaufgaben für Herbst verschlafen

Scharfe Kritik übte FPÖ-Landeschef Dominik Nepp an den Überlegungen des SPÖ-Gesundheitsstadtrats, Impfunwillige vom gesellschaftlichen Leben auszusperren: „Hacker soll seine politischen Hausaufgaben machen und die Schulen und die Spitäler für den Herbst vorbereiten!“

Wiens SPÖ-Gesundheitsstadtrat Peter Hacker machte am Wochenende bereits eine „vierte Corona-Welle“ aus. Weil die Impfquote in Wien stagniert, will er demnächst Ungeimpften den Zutritt zu Wirtshaus, Heurigem, Kino und Theater verbieten, um sie so



Hacker will Ungeimpfte de facto unter Hausarrest stellen.

vor die Nadel in den Wiener Impfzentren zu treiben.

„Es ist ein Skandal, dass Hacker regelmäßig eine ‚vierte Wel-

le‘ herbeijammert und immer mehr Einschränkungen für die Wiener einfordert. Aber die Stadt trifft keinerlei Vorkehrungen, um einen weiteren Lockdown im Herbst zu verhindern, wenn die Infektionen naturgemäß wieder ansteigen werden“, bemerkte Nepp zum neuesten Vorstoß der Wiener SPÖ.

SPÖ provoziert Lockdown

Hackers Vorschlag beruhe zudem auf dem Trugschluss, dass Geimpfte sich nicht mehr infizieren und die Infektion weitergeben könnten. „Die Realität in Israel oder Großbritannien sieht ganz anders aus. Dort stellen Geimpfte die Mehrzahl der positiv Getesteten“, konterte Nepp.

Die FPÖ fordere seit mehr als einem Jahr den Ausbau der Spitalskapazitäten sowie den Einbau von Luftfilteranlagen in allen Schulklassen, erinnerte Wiens FPÖ-Chef. Aber sowohl die SPÖ als auch der rosa Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr seien völlig untätig geblieben.

„Schuld an einem neuen Lockdown im Herbst trifft daher nicht die Wiener, egal ob geimpft oder ungeimpft, sondern sie trifft die Herren Ludwig, Hacker und Co. für ihr mutwilliges politisches Versagen“, betonte Nepp.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



In diesen Tagen war ich faul. Bis Montag war's die Hitz', dann war's langsam Gewohnheit. Viel Herumspazieren war da nicht drin.

Stau

Am Mittwoch bin ich sogar mit einem Bekannten über die Tangente gefahren. Die kennt man auch als Fußgänger. Im Ö3-Diddi der Verkehrsdurchsagen erfuhr man ja unter anderem, dass „die A 23 zwischen dem Knoten Inzersdorf und der gesperrten Ausfahrt Simmering“ verstopft sei.

Und da, genau bei der sogenannten gesperrten Ausfahrt Simmering, wird jetzt abgerissen, daß es nur so a Freud ist. Der Sage nach war ein roter Simmeringer Parteifunktionär schuld dran, dass diese Straße nie fertig wurde. Sein Name: Johann Hatzl. Er nahm sich nie ein Blatt vor den Mund. Er schimpfte sogar ganz neben der Parteilinie über unseren EU-Beitritt.

Jetzt, fünfzig Jahre nach dem Bau der A 23 und manches Jahr nach einem luxuriösen Ausbau dieser Simmeringer Ausfahrt, kam man drauf, dass sie unnötig ist. Woran werden sich jetzt die Verkehrsdurchsagen orientieren? Werden sie ein Hatzl-Denkmal hinstellen?

Beim Vorbeifahren an den Abrißarbeiten meinte mein Freund: „Des Göd mehad i haum.“

Ja. Und die Planungssicherheit der Gemeinde Wien. Und ihre Sparsamkeit.

FPÖ
Die Partei der Wiener
DONAUSTADT

INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2021

Im Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr,
im Gasthof GOLDENER HIRSCH, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 19.8. LAbg. Veronika MATIASEK und LAbg. Ing. Udo GUGGENBICHLER, MSc
- Do 26.8. BR Dr. Johannes HÜBNER
- Do 2.9. Landesparteiobmann Stadtrat Dominik NEPP, MA

Moderation: Angela Schütz. **Anmeldung unter:** angela.schuetz@fpoe.at

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteiobmann

Wir weisen darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird. Es gilt die aktuelle Corona-Verordnung!
Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden. Sämtliche Fotorechte liegen bei der FPÖ!

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz



f /FpoWienDonaustadt
@fpoewiendonaustadt
f /FPÖeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

BURGENLAND 

„Bio“ als Ideologie?

Für Irritation beim Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft, Thomas Karacsony, sorgte SPÖ-Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit der Aussage, Bio sei eine Lebenseinstellung und könne nicht verordnet werden: „Es ist zutreffend, dass eine biologische Lebensweise eine Einstellung ist. Wenn diese nicht verordnet werden kann, scheint der Landeshauptmann seine unzähligen Vorschriften zur ‚Biowende‘ vergessen zu haben. So verbietet die Landesregierung bereits den Bau von konventionellen Nutztier-Ställen.“

BURGENLAND 

Grüne Totengräberin

„Mit dem Aus für die A3-Verlängerung im Burgenland erweist sich Gewessler endgültig als Totengräberin der österreichischen Verkehrspolitik, der sie mit ihrer grün-ideologischen Klimaschutz-Evaluierung die Schaufel anlegt“, kritisierte der burgenländische Parlamentarier Christian Ries die Entscheidung der grünen Verkehrsministerin.



Christian Ries

Foto: Parlamentarierbüro / SPÖ/NÖS

OBERÖSTERREICH 

Plakat-Vandalismus

Erst seit ein paar Tagen läuft der Wahlkampf für die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 26. September in Oberösterreich. „Und schon jetzt ist die FPÖ im Bezirk Perg, aber auch in der Landeshauptstadt Linz mit Vandalismus und mutwilliger Zerstörung ihrer Plakate konfrontiert. Ein fairer Wahlkampf sieht anders aus“, kritisierte der Landesgeschäftsführer der FPÖ Oberösterreich, Hubert Schreiner, den fehlende Respekt vor politisch Andersdenkenden und das mangelnde Demokratieverständnis der linken Szene. Der Linzer FPÖ-Bezirksparteiobmann und Vizebürgermeister Markus Hein hat angesichts der zerstörten Plakate in Linz für sachdienliche Hinweise, die zum Ergreifen der Vandalen führt, nun eine Belohnung von 500 Euro auslobt.

Show-Einsatz des Heeres, dem es an Gerät und Ausrüstung fehlt

FPÖ kritisiert Grenzeinsatz des Bundesheeres als „fahrlässig“

Der jahrzehntelange Sparkurs beim Österreichischen Bundesheer schlägt sich besonders bei der Ausrüstung der Soldaten im Grenzeinsatz nieder.

„Es gibt viel zu wenige ballistische Schutzwesten und Stichschutzwesten, zu wenige Sicherheitsholster, eine zu geringe Anzahl von Nachtsicht- und Wärmebildgeräten“, erläuterte Niederösterreichs FPÖ-Wehrsprecher Jürgen Handler die Kritik der Freiheitlichen am Grenzeinsatz des Bundesheeres.

„Begrenzt einsatzfähig“

Soldaten würden zudem beklagen, dass bei den erhaltenen Pfeffersprays das Ablaufdatum längst überschritten sei sowie einen enormen Mangel an Fahrzeugen bzw. dass es für die bereitgestellten Fahrzeuge eine Kilometerbeschränkung (!) gebe, die den Ein-

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Handler: Es fehlt an Gerät und Fahrzeugen für den Grenzschutz.

satz völlig ad absurdum führen würde, berichtete Handler.

„Es fehlt also an allen Ecken und Enden an Ausrüstung, um eine ordentliche Auftragsbefreiung im Grenzeinsatz gewährleisten zu können“, kritisierte Handler

und warf Verteidigungsministerin Klaudia Tanner vor, hier „fahrlässig“ gehandelt zu haben. Denn unter den vermeintlichen „Flüchtlingen“ befänden sich auch viele potentielle Straftäter: „Frau Tanner, handeln Sie, bevor etwas passiert!“

OBERÖSTERREICH 

„Wirr-Warr-Reform“

Die Reform der Finanzverwaltung entwickelt sich immer mehr zu einem Desaster, kritisierte Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner: „Für die Bürger bedeutet das oft monatelanges Warten auf Familienbeihilfe und Karenzgeld. Ein Umstand, zu dem der zuständige Finanzminister



Foto: FPÖ Oberösterreich

Haimbuchner: Finanzamtsreform ist ein Desaster, Herr Blümel!

Gernot Blümel bisher eine schonungslose Erklärung schuldig geblieben ist.“

Haimbuchner verwies auf den Fall eines in Oberösterreich beschäftigten Niederösterreichers, dessen Familie seit drei Monaten vergeblich auf Bearbeitung und Genehmigung eines Antrags auf Familienbeihilfe und dadurch auf Karenzgeld warte. Mittlerweile sei der Versicherungsschutz seiner Frau durch das Versäumnis des Finanzamtes nicht länger gegeben.

Selbst Mitarbeiter des Finanzministeriums haben dem Landeshauptmannstellvertreter gegenüber selbst von „unklaren Zuständigkeiten“ und allerlei „Blödsinn“ im Zuge der Reform berichtet. „Das sind unerträgliche Zustände, wie sie nicht länger hinnehmbar sind!“ fasste Haimbuchner die Situation zusammen. Er forderte eine schonungslose Erklärung von Finanzminister Blümel zum aktuellen Zustand der Finanzämter.

VORARLBERG 

Foto: FPÖ Vorarlberg

Jugend braucht Zukunftschancen

„Unsere Jugend hat unter Corona und vor allem unter den von den schwarz-grünen Regierungen auf Bundes- und Landesebene verhängten Maßnahmen sehr gelitten. Jetzt gilt es, alles zu unternehmen, damit aus Zukunftsängsten wieder Zukunftschancen werden!“, forderte Vorarlbergs FPÖ-Jugendsprecherin Nicole Hosp anlässlich des „Tags der Jugend“ am 12. August. Vielen Jugendlichen fehlt im schulischen Bereich oder in der Ausbildung eine Zukunftsperspektive. Hier müsse alles dafür getan werden, dass aus Zukunftsängsten wieder Zukunftsträume werden, forderte Hosp.

SALZBURG 



Spurrillen und Frostaufbrüche machen viele Straßen im Lungau bei Regen oder Schneefall praktisch unbefahrbar.

Sanierungsmaßnahmen für die Straßen im Lungau

Schwarze Verkehrspolitik endet anscheinend am Tauerntunnel

Die Straßen im Lungau sind in einem katastrophalen Zustand. FPÖ-Verkehrssicherheitsinitiative fordert sofortiges Handeln des Verkehrslandesrats.

Nachdem FPÖ-Landtagsabgeordneter Ernst Lassacher ein Wochenende lang beinahe jede Straße im gesamten Bezirk Tamsweg abgefahren und auf Schäden inspiziert hat, kam der Lungauer zu einem erschreckenden Ergebnis: „Die Straßen im gesamten Bezirk sind in einem katastrophalen Zustand: massive Spurrillen, Rumpelpisten, Absenkungen, Asphalttschä-

den und vieles mehr. Von der von Verkehrslandesrat Stefan Schnöll im Dezember angekündigten ‚größten Straßensanierungsoffensive aller Zeiten‘ ist im Lungau bisher nur wenig zu sehen.“

Gefährliche Straßenschäden

Es habe den Anschein, dass sich Schnöll für den Zustand der Gemeinde- und Landesstraßen ab dem Tauerntunnel nur wenig interessiert und damit den Lungau schwer vernachlässigt. Lassacher betonte, dass bei seinen Evaluierungen nicht nur einzelne Straßenabschnitte dringendst sanierungsbedürftig seien, sondern

großflächig das gesamte Straßennetz einer sofortigen „Wiederbelebungsmaßnahme“ bedürfe: „Am Obertauern etwa sind die Spurrillen bereits so tief, dass auch bei trockenem Wetter erhöhte Gefahr ausgeht. Bei Nässe, Schnee oder Glatteis würde ich die Straße dort nur noch im extremen Notfall befahren. Der Handlungsbedarf ist enorm.“

Der Lungau werde von der Landesregierung verkehrstechnisch absolut stiefmütterlich behandelt, kritisierte Lassacher: „Schnöll ist gefordert, noch vor dem Winter seine Versäumnisse der letzten Jahre aufzuarbeiten!“

Land droht mit Impfzwang

Die am Montag präsentierten Forderungen der schwarz-roten Landesregierung der Steiermark, die den De-facto-Ausschluss Ungeimpfter vom öffentlichen Leben beinhalteten, sorgten für heftige Kritik.

„Ein unfassbares Paket von irrwitzigen Forderungen, die in einer Demokratie vor geraumer Zeit noch für undenkbar gehalten worden wären“, empörte sich der steirische FPÖ-Landesobmann Mario Kunasek. Schwarz-Rot will nur noch Geimpften Zutritt zu Sport-

veranstaltungen, Kultur und Discos gewähren, Ungeimpfte sollen für ihre Tests auch noch zahlen.

„Diese Landesregierung hat das Augenmaß völlig verloren und will ungeimpfte Menschen vom gesellschaftlichen Miteinander ausschließen. Einen solchen Spalt in die Gesellschaft zu treiben, ist mit nichts zu rechtfertigen und moralisch wie politisch unverträglich“, kritisierte Kunasek. Diese schwarz-rote Landesspitze sei bereits zu einer untragbaren Belastung für die Bevölkerung mutiert.

STEIERMARK 



Kunasek: Impfzwang ist moralisch und politisch untragbar.



LÄNDERSACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Politisch motivierte Postenbesetzungen in öffentlichen oder staatsnahen Betrieben stellen wohl keine Neuigkeit dar. Man könnte es auch Postenschacher nennen. Je nach Couleur und Ausgang der jeweiligen Wahl bringen die politischen Machthaber ihre Favoriten in Stellung. Vollkommen uneigennützig, versteht sich.

Beste Freunde

So auch geschehen letzte Woche beim ORF. Mit Regierungsmehrheit wird die ältere, aber genauso aalglatte Version von Sebastian Kurz für die nächsten fünf Jahre ins Amt gehoben, darf nun den ehemaligen Rotfunk komplett umfärben und Hofberichterstattung für den Kanzler betreiben.

Doch nicht nur das ferne Wien betrifft diese Entscheidung. Auch in Salzburg steht die Neubesetzung des ORF-Landesdirektors an. Und das ist ausschließlich Angelegenheit des Generaldirektors.

Nach dem türkisen Putsch in Wien droht uns auch in Salzburg ein türkiser Günstling. Das bedeutet, dass nach dem größten Printmedium nun auch das größte TV- und Online-Medium fest unter türkiser Kontrolle steht und willfähriger Vollstrecker der Kurzschen „Message Control“ sein wird.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass ein nach Außen unabhängiger Salzburger ORF zu einem Kurz-TV verkommt und künftig „Salzburg heute“ zur türkisen Dauerwerbesendung umgestaltet wird. Eines ist klar: Unabhängigen Journalismus wird es dadurch nicht geben, und ein bester Freund des Kanzlers steht gewiss schon in den Startlöchern, dessen Polit-Agitationen per Bild frei Haus zu liefern.

Vielleicht sucht Martin Ho ja ein zweites Standbein...

GEZWITSCHER



Oliver

@Owitzig



Ich packe es nicht mehr! Ich brauche einen Schnaps! Gerade im ORF eine Expertin: Es wird ne Katastrophe in Afghanistan geben, da die Taliban Impfung nicht erlauben und bei den hohen COVID-Fällen ist das die eigentliche Katastrophe.

15. August 2021 22:14

Es gibt nur eine Katastrophe für die Afghanen, und das ist Corona, nicht die Taliban.

Armin Wolf

@ArminWolf



„Wir müssen anfangen, darüber nachzudenken, wie wir in einen sicheren Herbst kommen“, sagt der Gesundheitsminister eben zur Pandemie in der #ZiB2. Als Laie hätte ich ja gehofft, dass darüber schon länger nachgedacht wurde.

15. August 2021 22:27

Wozu nachdenken, Zwangsmaßnahmen sind einfacher.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

17. August 2021

Während der Wiener Stadtrat Hacker Nicht-Geimpfte aussperren möchte, will sein SPÖ-Genosse Bürgermeister Ludwig Afghanen importieren.



Ludwig will Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen

1.594 Personen gefällt das.

„Wien ist anders“ – Die Einheimischen sind pfui, die „Geflüchteten“ sind hui. Danke „rotes Wien“!

Einschüchterungsstrategie der ÖVP gegen kritische Medien

„Türkise Familie“ will totale Kontrolle über die veröffentlichte Meinung

Wer sich mit Inseraten-Millionen und Corona-Sonderförderungen nicht kaufen lässt, dem drohen Klagen der „türkise Familie“.

„Kritische Berichterstattung und anderslautende Meinungen scheut die Kurz-Truppe wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser“, kommentierte FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker einen Bericht, wonach die Signa Holding von Kurz-Freund Rene Benko das Onlinemedium „zackzack.at“ mit einer Millionenklage eingedeckt hat.

Türkise Medien-Kontrolle

Niemand dürfe den auf der Kontrolle des Finanz-, Justiz- und Innenministeriums fußenden „tiefen Staat“ der ÖVP hinterfragen, kritisierte Hafenecker, die Klage, die wegen der kritischen Berichterstat-



Der Kanzler und der Immobilien-Tycoon Benko.

tung über die Kika/Leiner-Übernahme eingebracht wurde. Streitwert: zwei Millionen Euro.

Einem Bericht des „trend“ zufolge sei der mittlerweile zurückgetretene ÖBAG-Chef Thomas Schmid gebeten worden, im Bundesrechnungszentrum den Fristenlauf für „die Anmeldung einer Insolvenz zu verlangsamen“. „ZackZack“ hatte Mitte Juli über die brisanten Chats von Thomas Schmid berichtet, da-

runter die zum Kika/Leiner-Geschäft des Herrn Benko.

Das türkise Verständnis von Meinungs- und Medienfreiheit erinnere stark an „längst vergangen gehoffte Zeiten“, bemerkte Hafenecker: „Wer den Staat unterwandert, kritische Stimmen verstummen und die veröffentlichte Meinung seiner Kontrolle unterwerfen will, hat sich den ‚geistigen Hahenschwanz‘ aufgesetzt.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Heiß umkämpft ist laut „Oberösterreichischen Nachrichten“ das Bürgermeisteramt in der vormals „erzroten“ Stadt Traun nahe Linz. Größte Chancen angesichts der „Stimmung in der Bevölkerung“ rechnet sich FPÖ-Vizebürger-



meister Herwig Mahr aus. Sollte er gewinnen, wird die die FPÖ-Landtagsfraktion einen neuen Klubobmann wählen müssen. Denn diesen Posten würde Mahr aufgeben, da sein „Herz an der Stadt“ hängt.

Als „Getriebenen der FPÖ“ porträtierte die „Wiener Zeitung“ ÖVP-Innenminister Karl Nehammer in Sachen Asylpolitik. Nur fehle dem Innenminister jeder Plan den „harten Kurs“ auch um-



zusetzen. Zumal bei der Abschiebung von Afghanen weiteres Ungemach droht: Die in Schubhaft sitzenden Afghanen werden wohl wegen der „Ausichtslosigkeit einer Abschiebung“ auf freien Fuß gesetzt werden. Die nächste „gefährliche Pleite“ für Nehammer und die ÖVP.

Zum Thema „Corona-Impfung“ kann man dem ORF beim besten Willen nicht unterstellen, dass er seinen Gesetzauftrag erfüllt, also objektiv informiert.

Die Bezeichnung „öffentlich-rechtlich“ hat man ungeniert vor den Augen und Ohren der Zwangsgebührenezahler in „türkis-grün-freundlich“ umgeändert.

So gab es vom Moderatoren-Duo die richtige Einstimmung auf die von Länderpolitikern eingeforderte „Demokratie-Quarantäne“: „Es mehren sich die Stimmen, die nach Verschärfungen für Ungeimpfte rufen – oder nach Vorteilen für Geimpfte.“

Als Alibi-Kronzeuge der faschis-



GISBÄRS TV-NOTIZ

toiden Zwangsfantasien der Herren Hacker und Schützenhöfer wurde der Ärztekammerchef vor die Kamera gezerzt. Der behauptete ernsthaft, dass Geimpfte einander „kaum“ anstecken können.

So dreist hat nicht einmal der Pfizer-Chef vergangenen Herbst im US-Fernsehen die Wahrheit

umschiff. Der hatte wenigstens erklärt: „Das wissen wir derzeit noch nicht.“

In Israel weiß man es inzwischen genauer: Selbst nach dem dritten „Pieks“ kann man sich mit dem Coronavirus infizieren, andere anstecken und ernsthaft erkranken.

Über Israel hat der ORF gern berichtet, als es Impf-Rekorde aufstellte. Seit sich allerdings zeigt, dass der hochgepriesene mRNA-Impfstoff bei weitem nicht das hält, was die Politik – und der ORF – sich davon versprochen haben, wird über Israels „Impf-Erfolge“ geschwiegen.

Ungeachtet dieser Entwicklung drischt der ORF – „völlig objektiv“ – auf die Impf-Werbetrommel ein.

Ein erfahrener Kommunalpolitiker für Weilbach

Mit Alois Wiesenberger tritt ein erfahrener Kommunalpolitiker zur Bürgermeisterwahl in der Innviertler Gemeinde Weilbach an. Seit nunmehr 24 Jahren vertritt der Landwirt mit Leib und Seele die

Interessen „seiner Weilbacher“ im Gemeinderat. Seit 2015 auch im Gemeindevorstand.

„Wir haben auch diesmal wieder eine ausgewogene und bestens motivierte Mannschaft für die kommende Gemeinderatswahl aufgestellt“, zeigt sich der 49-jährige Bürgermeisterkandidat optimistisch für den bevorstehenden Wahlgang im September.

Beim Ortsparteitag wurde Wiesenberger nicht nur einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten der Freiheitlichen, sondern auch für eine weitere Periode zum FPÖ-Ortsparteiobmann wiedergewählt. „Wer mich kennt, der weiß, dass ich ein Bürgermeister sein werde, der ein Herz für die Menschen hat und mit einem gesunden Hausverstand an die Sache herangeht“, macht Wiesenberger Werbung in eigener Sache.



Foto: FPÖ Schladring

Hochmotivierter Kandidat für Waizenkirchen

„Wir haben in Waizenkirchen eine tolle Kandidatenliste für den Gemeinderat vorzuweisen. Mit dieser Mannschaft im Rücken macht es mir große Freude, mich für das Amt des Bürgermeisters zu bewerben“, zeigt sich Stefan Lehner optimistisch.

Lehner, 48 Jahre alt, gelernter Berufsschlosser, seit seinem schweren Unfall in Frühpensión, zeigt sich bereit für neue Herausforderungen in der Politik. Seit 2013 ist Lehner Ortsparteiobmann und Fraktionsobmann der FPÖ im Gemeinderat der Hausruckviertler Marktgemeinde. 2015 wurde er Gemeindevorstand und Obmann des Ausschusses für Sozial-, Familien-, Senioren- und Integrationsangelegenheiten.

Barrierefreiheit, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, ein



Foto: FPÖ Grieskirchen

bestmögliches Hochwasserkonzept sowie sichere Schulwege und die Unterstützung der Vereine, um die Jugendarbeit noch mehr zu forcieren, nennt der freiheitliche Bürgermeisterkandidat als zentrale politische Forderungen für Waizenkirchen.





KO NAbg. Herbert Kickl
Bundesparteiobmann



KO LAbg. Udo Landbauer
Landesparteiobmann

Blauer Montag am Wachauer Volksfest

Mo, 30. August 2021
Beginn: 18:00 Uhr
Ludwigs Bierzelt

mit **Bieranstich**
und
Freigetränken
LIVE-Musik
ab 17:15 Uhr
DIE PARTYGEIER

mit Herbert Kickl und Udo Landbauer

Die Österreichischen Lotterien gratulieren

Ein Glück, dass es die Premium Partnerschaft zwischen Lotterien und ÖOC gibt. Glück hatten auch Österreichs sieben Medaillen-Gewinner und -Gewinnerinnen.

Das Glück des Tüchtigen. Man darf sie getrost als „Die glorreichen Sieben“ Österreichs bezeichnen: Jene Athletinnen und Athleten, die mit Medaillen von den Olympischen Sommerspielen aus Tokio nach Hause kamen und damit die Erwartungen der rot-weiß-roten Sportwelt übertroffen hatten.

Eine Welt, die es ohne die umfangreiche Unterstützung durch die Österreichischen Lotterien so nicht gäbe. Sie sind nicht nur aufgrund der gesetzlich verankerten Sportförderung der wichtigste Financier im heimischen Sport, sondern kooperieren auch seit 1991 mit dem Österreichischen Olympischen Comité. Die Österreichischen Lotterien sind also seit 30 Jahren Premium Partner des ÖOC und tragen damit wesentlich zu den sportlichen Erfolgen bei.

Die Österreichischen Lotterien gratulieren Radrennfahrerin Anna Kiesenhofer zur Goldmedaille, Judokämpferin Michaela Polleres zur Silbermedaille, sowie Judoka Shamil Borchashvili, Ruderin Magdalena Lobnig, Diskuswerfer Lukas Weißhaidinger, Karateka Bettina Plank und Kletterer Jakob Schubert zu ihren Bronzemedailles sehr herzlich und freuen sich bereits auf die nächsten Sommerspiele in drei Jahren in Paris.

EuroMillionen macht Multimillionäre

Bei zwei wöchentlichen Ziehungen warten zumindest 17 Millionen Euro im Europot

100 Millionen Euro oder noch mehr gewinnen? Das ist auch in Österreich möglich. Bei EuroMillionen. Etwa fünf- bis sechsmal pro Jahr überschreitet die Europot-Summe diesen markanten Betrag und ermöglicht es, superreich zu werden. Die Chance, Multimillionär zu werden, gibt es gleich zweimal pro Woche, denn die Mindestsumme beträgt 17 Millionen Euro. Den Europot hat man mit „fünf Richtigen“ im 50 Zahlen umfassenden Zahlenfeld und „zwei Richtigen“ im zwölfteiligen Sternenkreis geknackt. Zusätzlich gibt es seit 2018 den Österreich Bonus: Bei jeder Ziehung wird ein Gewinner von 100.000 Euro exklusiv unter in Österreich gespielten Tipps ermittelt. Jeder EuroMillionen Tipp nimmt automatisch an dieser Verlosung teil.

Der bisher höchste rot-weiß-rote Gewinn wurde im Jahr 2008 mit „5 plus 2 Richtigen“ in Kärnten erzielt und betrug 55,6 Millionen Euro. Für den bislang letzten heimischen Millionengewinn sorgten gleich zwei Oberösterreicher, die dafür nicht einmal den komplett richtigen Tipp benötigten: Ein Treffer im 2. Gewinnrang (5+1) brachte ihnen jeweils rund 2,5 Millionen Euro ein.

EuroMillionen kann in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien, auf win2day.at oder über die Lotterien App gespielt werden. Die Ziehungen finden dienstags und freitags in Paris statt und werden anschließend auf ORF 2 ausgestrahlt. Annahmeschluss ist jeweils um 18.30 Uhr. Alle Informationen zum Spiel gibt es in jeder Annahmestelle sowie auf www.win2day.at.





ORF-SOMMERGESPRÄCH MIT HERBERT KICKL

MONTAG, 23. AUGUST 2021
Beginn: 21.00 UHR



WWW.FPOE.AT

FPOE_AT FPOE



Politische Bildung aktuell

Partei Parlament Publikationen Seminare Veranstaltungen

Asylmissbrauch und die Genfer Konvention

Als die Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 1951 verabschiedet wurde und 1954 in Kraft trat, geschah dies unter dem Eindruck des gerade beginnenden Kalten Kriegs. Von jenen Strömen tatsächlicher oder angeblicher Flüchtlinge, die sich heute auf sie berufen, konnte man sich damals noch keine Vorstellung machen. Primär dachte man damals an Dissidenten aus totalitären Staaten, vorwiegend aus dem Bereich des damaligen Ostblocks. Daher sollte auch die Genfer Flüchtlingskonvention wie nahezu jedes andere Gesetz auf ihre Aktualität hin überprüft und neu bewertet werden.

Dieser Versuch wird in der vorliegenden Publikation unternommen. Namhafte Autoren befassen sich mit der Asyl- und Flüchtlingsproblematik und erörtern, inwiefern die Genfer Flüchtlingskonvention noch geeignet ist, die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu bewältigen. Das Freiheitliche Bildungsinstitut leistet damit einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte.

GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Per E-Mail: verena.mutzatko@fpoe.at

www.fbi-politikschule.at/publikationen/buecher-und-broschueren

Informationen zu Buchbestellungen und Datenschutz finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz



FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

fbi-politikschule.at